

fehrung hat gewagt, doch nicht nur der Überbaustoff an den Kommissariatsgebäuden, sondern auch eine Mindestförderung am Tage vorher und am Tage nachher zu befürchten ist. Die Mindestförderung britischer Kohle hat trotz der fast weitgegangenen Kommissariatsförderung gegenüber dem Vorsteigeramt eine Erholung um mehr als 50 Prozent erreicht, und betrug im Juni 1,8—1,9 Millionen Tonnen. Richtig wurde bekannt, daß die Reichsregierung eine Kohlenkampagne an die Reparationskommission eingesetzt habe. Hierüber ist inzwischen folgendes in die Öffentlichkeit gebrungen: Nur den laufenden Kommissariatsabschnitt sind wir zur Lieferung von 1,918 Millionen Tonnen monatlich verpflichtet. Die Reichsregierung bittet um eine Grundförderung dieser Zulieferung in Höhe von 80 Prozent und weiter um die Gewährung eines Rechts der abzuliefernden Mengen in britischer Kohle entrichten zu dürfen. Frankreich besteht darüber auf voller Erfüllung des ihm im Spa-Abkommen (Juli 1920) zugesprochenen Wollens. Werkt nun die Produktion im größten deutschen Kohlengebiet und damit die Absicherung von Rohstoffen ins Stufen, so ist wieder notwendiges Gewaltmaß der Pariser Verhandlungspolitiker die Bahn geschnitten. Zu dem gegenwärtig bestehenden Kommissariatsfonds (Der Dollar erreichte bereits einen Kurs von 550 Pfund) ist es für deutsche Interessenten gleichermaßen ausgeschlossen, britische Kohle als Ertrag für deutsche Kohle heranzuziehen. Die unabweisliche Folge ist eine unabsehbare Krise für Industrie, Handelswirtschaft, Verkehrswesen und Haushalt. Was auch immer die Streitpunkte zwischen den Gründungsbezirken und den Bergarbeitern sein mögen: Wer in diesen vergangenen Zeiten auch nur das Geringste unterläßt, um den drohenden Bergarbeiterstreit abzumachen, macht sich mittschuldig an einem Verbrechen, das immer unaufhaltsamer über unsfern Hauptern heraufzieht. Einem stichhaltigen Grund dafür ein großes Kulturvolk in Bedrohung zu bringen, kann es nicht geben!

Baustoffsteuerung und Siedlungsproblem.

W. W. Wie müssen Siedeln über untergehen! Dieses kluge Wort hat jetzt mehr Geltung denn je. Der Siedlungsgedanke muß belebt werden in einer Zeit, da es nicht gilt, hunderttausenden ein Dach über dem Kopf zu schaffen, sondern dazu auch mindestens ebensovielen Bürgern den Weg zur ernsthaften Scholle zu ebnen. Als der Siedlungsgedanke vor jetzt etwa drei Jahren noch in den Kinderäugeln steht und Baustoffmangel seine Durchführung illusorisch zu machen drohte, griff Siedlungsorganisation Detlev Schmude im mitteldeutschen Braunkohlengebiet in Böhlitz und anderen Dörfern nahe Magdeburg zu dem naheliegenden Mittel, die Kleinwohnungsbauten von den Siedlern mit ihren Familien aus den Ziegeln der auf Abriss verfallen erstandenen, untenabel gewordenen Ziegelsteinen der Umgebung zu errichten. Auch die unter Schmudes Bettung aufgebauten Siedlungen in den hannoverschen und niedersächsischen Mooren verdanken einer Selbsthilfe ihre Entstehung. Inzwischen haben sich die Verhältnisse grundlegend geändert. Das Kleinwohnungs- und Siedlungsbauwesen konnte sich entwickeln und wurde dank einer Unzahl wertvoller Gesetzesmaßnahmen in den Stand gesetzt, sich über ganz Deutschland, naturgemäß über jene Gegenden, wo wichtige Rohstoffe für die Industrie entnommen werden, auszubreiten. Schon aber trat ein neuer Feind auf den Plan. Dem nach und nach abebbenden Baustoffmangel folgte eine nicht weniger siedlungsfeindliche Baustoffsteuerung, die in der Zeit zwischen Spätherbst 1921 und dem Beginn der diesjährigen Bauzeit sich bei der Durchführung des Kleinwohnungswesens als recht hemmend erwies, in den letzten Monaten jedoch geradezu prohletisch wirkte. Auch jeder Fachmann wird ein weiteres Anstreben der Kreise auf dem Baumarkt voraussehen können und den Siedlungsbauern das Todesurteil sprachen müssen, wenn jetzt nicht alle Kräfte zu einer Heitigung angebaut werden. Zahlen sprechen hier eine deutliche Sprache: So betrug die Steuerung bei den meisten Baustoffen, wie auch die Arbeitslöhne allein, in der Zeit von etwa Oktober 1921 bis April d. J. 150—200 Prozent und mehr. Die Herstellung einer kleinen Wohnung mit 70 Quadratmeter Wohnfläche bei beschleunigter Ausstattung erforderte im Vorjahr noch etwa 80—120 000 Mark, heute aber bereits weit mehr das Doppelte. Wenn man die Baustoffkosten vom 1. Juli 1914 gleich 100 setzt, so ist es bis zum 1. Juni d. J. eine Preiseiterung auf etwa 8160 eingetreten. Die Höhe der Indeziffern wirkt besonders niederschmetternd, wenn, wie die Ermittlungen der Sozialen Bauwirtschaft ergeben die Baustoffpreise allein in der Zeit von Anfang Mai bis Anfang Juni, also in einem Monat, vom 87,8fachen gestiegen sind. Rundum nunmehr durch die Robelle vom 18. Mai d. J. zum Wohnungsbabegenzes die Landesbarleichen um das Fünftausende, die Gemeindebarleichen auf die Höhe des Landesbarleichen, vorbehaltlich einer Entmäßigung bis auf 1/2 erhöht werden, beträgt die gesamte Beihilfe zum Bau einer Wohnung im genannten Umfang bis zu 105 bis 126 000 Mark. Unter diesen Verhältnissen wird es notwendig sein, die Siedlungsbauten noch mehr als bisher so sparsam wie möglich durchzuführen, da jede Erhöhung des Beihilfesatzes eine Vergrößerung der Unzulängen unterstützten Wohnungsbau. Siedlungsbauten zur Folge haben würde.

Deutscher Reichstag.

Weder an zeitlicher Aussicht noch an Bedeutungsfaktor der Aussprache steht die gestrige Reichstagssitzung, was man von ihr erwartet hatte. Die beiden wichtigsten Punkte der Tagesordnung nämlich wurden ohne Aussprache dem Reichsausschuß überwiesen. Es stand bis der Gesetzentwurf über einen deutschen Nationalauffalltag, der von den drei Koalitionsparteien ein-

gebracht ist und den 11. August als Tag der Weimarer Verfassung zum Nationalauffalltag machen will, und zum zweiten der Gesetzentwurf über Maßnahmen zur Sicherung der Not der deutschen Presse. Beide Punkten hatte man eine ausführliche Besprechung erwartet und namentlich befürchtet, daß es über die Gruppe des Nationalauffalltags zu schweren Auseinandersetzungen kommen würde. Beide Vorlagen fanden aber noch in der mindestens bis zum nächsten Dienstag, dauernden Sitzungsperiode erledigt werden. Die gebrige Sitzung beschäftigte sich zunächst mit dem Gesetzentwurf über die Schaffung eines Freihafengebietes des Kieler Hafens, wodurch die Stadt Kiel sich einen Großhafen schaffen will, um auf diese Weise den Unruhen des Ostseehandels nach Nord- und Ostseeroberung zu werben. Weder aller Parteien traten lebhaft für diese Vorlage ein und betonten die Voraussetzung für die Stadt Kiel, sich einen Ursprung für den Kriegshafen zu schaffen. Namentlich der demokratische Abgeordnete zeigte sich warm für die Kieler Interessen ein und ermahnte die Regierung zu einem lebhaften Interesse an den praktischen Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus.

Kleine politische Meldungen.

Umzug amerikanischer Studenten beim Reichskanzler. Der Reichskanzler hat eine Gruppe von 60 amerikanischen Studenten empfangen, die für die amerikanisch-euro-asiatische Studentenkonferenz Europa bereisen. Der Kanzler wies darauf hin, daß sich überall die Erfahrung verbreite, daß das Wiedergutmachungsproblem ein Weltproblem sei. Auf die Bitte der Amerikaner, ein Geleitwort zu geben, erklärte der Kanzler, daß auch ein besieгtes Volk Rechtigkeit beanspruchen könne. Amerika habe die Sklaven befreit, wenn von einem europäischen Volke mehr verlangt würde, als es lebenswerte. Montenegro Ende. Montenegro ist schon seit längerer Zeit von serbischen Truppen besetzt und damit tatsächlich dem serbisch-kroatischen Königreich einverlebt worden. Bei der Festlegung der Grenzen gegenüber Albanien hat die bosnisch-kroatische Konferenz beschlossen, die Grenzlinien mit dem serbischen Wappenzeichen zu versehen. Infolge dieses Entschlusses hat das Königreich der schwarzen Berge auch rechtlich zu bestehen aufgehört.

Das Amnestiegesez in Preußen. Der preußische Landtag hat am 11. Juli ein Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit beschlossen. Das Gesetz gewährt insbesondere Straffreiheit für Straftaten, die mit den politischen Unruhen im Frühjahr 1921 oder mit der Abwehr des Kapp-Putsches, sowie mit Kundgebungen für die republikanische Staatsform in unmittelbarer Folge der Ermordung Erzbergers verbreitet. Verhindert kann das Gesetz nicht werden, wenn der Staatsrat keinen Einspruch erhebt. Um die Amnestie möglichst zu beschleunigen, hat der preußische Justizminister die Behörden mit den erforderlichen vorläufigen Anordnungen verliehen.

Die Mitglieder des Staatsgerichtshofes. Dem Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik, der für die Verstöße gegen die Ausnahmeverordnungen des Reichspräsidenten zuständig ist, gehören an: Senatspräsident Dr. Hagen vom Reichsgericht als Präsident, die Abge. Hildenbrand (Soz.), Rader (Unabh.), Erkelbach (Dem.) und Fehrenbach (Bent.), sowie die Reichsgerichtsräte: Döhn und Baumgarten. Ein neues Konsil geplant gewesen? Wie dem B. T. berichtet wird, verhaftete in Wittenberger die Polizei einen Mann, der sich sehr verdächtig benommen hatte. Die Untersuchung ergab, daß der Verhaftete der Organisation Konsul angehörte und der früheren Arbeitgemeinschaft Böhmisch-Sachs. Er führt Böhmisch-Sachsen und eine große Menge Schwarzpulver bei sich. Die bisherigen Vermittlungen sollen ergeben haben, daß der Verhaftete mit dem Konsul von Rathenau direkt nichts zu tun hat, daß aber wahrscheinlich ein neues Konsil geplant war, vielleicht in der Absicht, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von der Mordeleganz Rathenau abzulenken. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

G. P. D. — U. S. A. — Eine Arbeitsgemeinschaft. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und die Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie haben am Freitagabend nach Vorfersprechungen der beiden Fraktionsvorstände in getrennten Sitzungen den übereinstimmenden Beschluß gefasst, sich zu einer Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen zusammenzuschließen. Dieser Beschluß wird im Laufe des Sonnabends der Regierung und den Reichstagsparteien offiziell bekanntgegeben werden.

Gehlers Absehung gefordert. Die Tage des früheren Nürnberger Oberbürgermeisters, des Demokraten Gehler, in seinem Amt als Reichsminister sollen gezählt sein, wenigstens vierzig an die Sozialdemokratie seine Absehung, da er sich antirepublikanisch betätigt habe, besonders bei einer Regierungssitzung in Bayern. Die sozialdemokratischen Parteien besuchen auf ihrer Forderung und schlagen als neuen Reichswehrminister den Kommandanten der Berliner Schupo, Oberst Kauisch, vor.

170 000 Russen in Berlin. Nach amtlichen Nachrichten der Berliner Sowjetvertretung befinden sich zurzeit allein in Berlin 14 000 Deutsche und etwa 18 200 andere Russen. Die letzteren sind meist politische Flüchtlinge, die hier Geschäfte treiben. Und von wie viel Hunderttausend Russen, die aus gewissen Gründen es vorziehen, sich nicht bei der Sowjetvertretung zu melden, weiß die amtliche Stelle nichts zu vermelden? In gut orientierten Kreisen schätzt man die Zahl der russischen Gäste in Berlin allein auf etwas über 75 000.

Spionageprojekt vor dem Münchner Volksgericht. Das Münchner Volksgericht verhandelte unter Ausschluß der Öffentlichkeit gegen die fünf Personen, die wegen Spionage und Landesverrat angeklagt waren. Der Hauptbeschuldigte, der 11 Jahre alte Dachlogograph Bottler aus Lüttich, der von dem Spionagedienst beauftragt war, Material über Geheimorganisationen zu sammeln und vaterländische Vereinigungen zu überwachen, wurde zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Zwei andere Angeklagte erhielten je 4 Jahre, und ein weiterer Angeklagter 3 Jahre Gefängnis, während der fünfte freigesprochen wurde. In der Urteilsbegründung wurde festgestellt, daß in Lüttich ein französisches Bureau mit ausgezeichnetem Spionageorganisation und einer Spionageschule besteht.

Die Liquidation der Sozialen Konferenz. Die Liquidation der Konferenz ist in vollem Gange. Der Präsident der Privatgegenstagskonferenz hat die Ausarbeitung eines Gutachtens angeregt, das am Donnerstag fertiggestellt werden sollte. Auch die beiden anderen Kommissionen sollen offiziell die Zwecklosigkeit weiterer Verhandlungen feststellen. Man nimmt an, daß am Dienstag oder Mittwoch die Konferenz beendet sein werde.

Regierungskrise in England? Auch in England kann es zu einer Regierungskrise kommen und zwar aus einem politisch unbewußten Grunde. 277 Mitglieder des Unterhauses haben die Ernennung eines Ausschusses verlangt, der die nationalen Maßnahmen gegen Ordens- und Titel-

hacker prüfen soll, namentlich soll der Adelstitel nur solchen verliehen werden, die dem Lande Dienste geleistet haben. Die Regierung hat sich der Einlösung eines solchen Ausschlusses widerstellt und Lloyd George hat erklärt, daß er die Vertreutensfrage stellen werde. Wenn die Unterzeichner des Antrages von ihm nicht abgehen, kann die Lage für das Kabinett bedenklich werden.

Montenegrin auf den Walliserpräsidenten von Paris. Auf den eben ernannten Walliserpräsidenten von Paris wurde am 12. Juli, dem französischen Nationalfeiertag, ein Attentat verübt, das glücklicherweise erfolglos blieb. Der Täter erklärte, daß seine Schüsse dem Ministerpräsidenten Poincaré gegeben hätten. Gegen Poincaré, der der äußersten Linken in Frankreich als der Haupthaftige am Kriege gilt, ist, namentlich in der Humanité, seit Monaten ein außergewöhnlich scharfer Feldzug geführt worden. Das Attentat wird natürlich die Popularität des Präsidenten in den nationalistischen Kreisen erhöhen.

Vor einer neuen Orientkonferenz. Das Zustandekommen der neuen Orientkonferenz in Belgrad scheint gesichert. Allerdings bestehen noch eine Reihe von Widersprüchen zwischen England und Frankreich. Während die Engländer nur den Griechen das Durchsuchungsrecht aller nach türkischen Dänen bestimmten Schiffen aufzuerlegen wollen, verlangen die Franzosen, daß dieses Recht ausdrücklich auf alle Nationen ausgedehnt werden müsse. Den von England verlangten verstärkten Schutz der christlichen Minderheiten in der asiatischen Türkei will Frankreich nur unter der Bedingung gewähren, daß die Türkei die benötigten Maßnahmen gut heilt. Der Kampf der beiden Nationen um den nahen Osten soll also auf dieser Konferenz fortgeführt werden.

Montenegrin Ende. Montenegro ist schon seit längerer Zeit von serbischen Truppen besetzt und damit tatsächlich dem serbisch-kroatisch-türkischen Königreich einverlebt worden. Bei der Festlegung der Grenzen gegenüber Albanien hat die bosnisch-kroatische Konferenz beschlossen, die Grenzlinien mit dem serbischen Wappenzeichen zu versehen. Infolge dieses Entschlusses hat das Königreich der schwarzen Berge auch rechtlich zu bestehen aufgehört.

Von Stadt und Land.

Aue, 15. Juli 1922.

Angelpflicht der Gemeinden über Zuschläge zur Landesgewerbesteuer. Wie aus einer Bekanntmachung des Finanzministeriums hervorgeht, haben zahlreiche Gemeinden den Zuschlag zur Landesgewerbesteuer entweder überhaupt noch nicht, oder nicht unter Angabe genau auf 1 im Prozentsatz angezeigt. Angezeigt, daß ein Zuschlag bis zu 20 Prozent erhoben werde, genügen nicht. Die kleinen Gemeinden verlieren, wenn sie die Anreise nicht spätestens bis zum 20. d. M. nachholen, das Recht zur Erhebung von Gewerbesteuerschlägen für das Rechnungsjahr 1922.

Militär in die tschecho-slowakischen Grenzorte gegen Sachsen. Aus Wünsdorf i. B., 13. Juli wird gemeldet: Deut. Donnerstag erhielt der Bezirk Wünsdorf militärische Einquartierung. Nach Wünsdorf kam eine Wachschinenabteilung, nach St. Georgental ebenfalls etwa 80 Mann Militär, auch in Rumburg wurde das Militär vermehrt und mehrere Orte bis weit über Reichenberg hinaus erhielten Einquartierung. Daher schwören die wildesten Gerüchte von Einmarschabsichten der Tschecho-Slowakei noch der Oberlausitz. Die amtlichen Stellen klären die Einquartierung dahin auf, daß diese anlässlich größerer sommerlicher Feldübungen längs der tschechischen Grenze vorgenommen werden müsse. Diese Übungen sind durchaus friedlich, irgendwelcher Grund zur Unruhe liege nicht vor. Die Übungen sind für mehrere Wochen geplant und daher dürfte die Einquartierung ebenso lange dauern. Von Rumburg wurde heute bereits eine Übungstelefonleitung nach St. Georgental gelegt, was ebenfalls als Kriegsvorbereitung durch Gerüchte verbreitet wurde. (Das bekanntgewordene Geheimabkommen der Tschechen mit Frankreich dürfte nicht unweitlich zu der Gedanke von Einmarsch und Krieg beigetragen haben.)

Ortsausschüsse der Reichsversicherungsanstalt für Angehörige. Am 12. Juli ist in Aue ein Ortsausschuß der für die neue Wahlzeit gewählten Vertrauens- u. Erfahrungsmänner, der die Wahlbezirke Aue, Eibenstock, Lößnitz, Neustadt, Schneeberg, Schwarzenberg-Stadt und Schwarzenberg-Land umfaßt, gegründet worden. Der Vorstand des Ortsausschusses sieht sich wie folgt zusammen: Vorstand: Wilhelm Rößl Jr., Walter Lent, Emil Schubert, sämtlich aus Aue, ferner Richard Krieg, Schwarzenberg, Fabrikbesitzer Ernst Matthes, Schneeberg und Otto Jäger, Johanngeorgenstadt. Zweck der Gründung derart erweitert Ortsausschüsse, die überall im Reiche auf Wunsch der Reichsversicherungsanstalt durchgeführt werden, ist wesentliche erleichterung des Verfahrens der B. V. A. mit den Vertrauensmännern der einzelnen Wahlbezirke und größere Arbeitsfähigkeit. Für die Versicherten besteht kein Anlaß, sich in allen Fällen an den Ortsausschüssen zu melden, sondern der Zweck und die Tätigkeit der örtlichen Vertrauensmänner bleiben bestehen.

Abschluß von Tarifverträgen. Bei allen Neubeschlüssen von Tarifverträgen liegt es im bringenden Interesse der Vertragshaltenden, die zuständigen Dienststellen unverzüglich davon in Kenntnis zu setzen, um sie über den neuesten Stand der Tarifbewegungen ständig auf dem laufenden zu erhalten. Nach einer Verordnung des Reichsarbeitsministers müssen innerhalb zweier Wochen nach Vertragsabschluß je zwei Drucksätze von den Tarifverträgen eingesandt werden an das Reichsamt für Arbeitsvermittlung, Berlin W 8, Louisestraße 88, an das Landesamt für Arbeitsvermittlung in Dresden-L. Kanzleigebäude 1, und an das tschechische Arbeitsministerium in Dresden-N. 6, Königsufer 2. In letzterem sind außerdem je ein Drucksatz einzuschicken für jedes tschechische Gewerbeaufsichtsamt, in dessen Bezirk Betriebe vorhanden sind, die unter den Tarifvertrag fallen, im Höchstfall also 15 Städte. Die Namen der Gewerbeaufsichtsämter sind auf dem oberen Blatte der für sie bestimmten Drucksätze anzugeben, wenn nicht sämtliche 15 Namen solche erhalten sollen. Über Voranmeldungen und Vorabauszahlungen für die im Lagerhaus erfassten die Gewerbeaufsichter Aue und Schwarzenberg in dieser Ausgabe des Auer Tageblattes eine amtliche Bekanntmachung, auf die wir hiermit besonders aufmerksam machen.

Falsche Reichsbanknoten. Es befinden sich falsche Reichsbanknoten zu 50 Mark der Ausgabe vom 25. Juli 1920 in Umlauf. Die falschen Noten sind durchaus erkennbar, daß das Papier glatter und schwächer als das echte ist, Wasserzeichen und Farbstreifen fehlen und die Falschgeldstücke fehlen 0,5 Cent-

Der rechte Seite befindet sich ein Artikel mit dem Titel "Gebot" und darunter dem Untertitel "Der Gebote zu messen". Der Artikel handelt von einer Rücksichtnahme eines Schauspieler auf den Präsidenten von Paris. Der Präsident erklärte, daß er die Einlösung eines solchen Ausschlusses nicht erfüllen werde. Der Präsident erklärte, daß seine Schüsse dem Ministerpräsidenten Poincaré gegeben hätten. Gegen Poincaré, der der äußersten Linken in Frankreich als der Haupthaftige am Kriege gilt, ist, namentlich in der Humanité, seit Monaten ein außergewöhnlich scharfer Feldzug geführt worden. Das Attentat wird natürlich die Popularität des Präsidenten in den nationalistischen Kreisen erhöhen.

Der rechte Seite befindet sich ein Artikel mit dem Titel "Gebot" und darunter dem Untertitel "Der Gebote zu messen". Der Artikel handelt von einer Rücksichtnahme eines Schauspieler auf den Präsidenten von Paris. Der Präsident erklärte, daß er die Einlösung eines solchen Ausschlusses nicht erfüllen werde. Der Präsident erklärte, daß seine Schüsse dem Ministerpräsidenten Poincaré gegeben hätten. Gegen Poincaré, der der äußersten Linken in Frankreich als der Haupthaftige am Kriege gilt, ist, namentlich in der Humanité, seit Monaten ein außergewöhnlich scharfer Feldzug geführt worden. Das Attentat wird natürlich die Popularität des Präsidenten in den nationalistischen Kreisen erhöhen.

Der rechte Seite befindet sich ein Artikel mit dem Titel "Gebot" und darunter dem Untertitel "Der Gebote zu messen". Der Artikel handelt von einer Rücksichtnahme eines Schauspieler auf den Präsidenten von Paris. Der Präsident erklärte, daß er die Einlösung eines solchen Ausschlusses nicht erfüllen werde. Der Präsident erklärte, daß seine Schüsse dem Ministerpräsidenten Poincaré gegeben hätten. Gegen Poincaré, der der äußersten Linken in Frankreich als der Haupthaftige am Kriege gilt, ist, namentlich in der Humanité, seit Monaten ein außergewöhnlich scharfer Feldzug geführt worden. Das Attentat wird natürlich die Popularität des Präsidenten in den nationalistischen Kreisen erhöhen.

Der rechte Seite befindet sich ein Artikel mit dem Titel "Gebot" und darunter dem Untertitel "Der Gebote zu messen". Der Artikel handelt von einer Rücksichtnahme eines Schauspieler auf den Präsidenten von Paris. Der Präsident erklärte, daß er die Einlösung eines solchen Ausschlusses nicht erfüllen werde. Der Präsident erklärte, daß seine Schüsse dem Ministerpräsidenten Poincaré gegeben hätten. Gegen Poincaré, der der äußersten Linken in Frankreich als der Haupthaftige am Kriege gilt, ist, namentlich in der Humanité, seit Monaten ein außergewöhnlich scharfer Feldzug geführt worden. Das Attentat wird natürlich die Popularität des Präsidenten in den nationalistischen Kreisen erhöhen.

Der rechte Seite befindet sich ein Artikel mit dem Titel "Gebot" und darunter dem Untertitel "Der Gebote zu messen". Der Artikel handelt von einer Rücksichtnahme eines Schauspieler auf den Präsidenten von Paris. Der Präsident erklärte, daß er die Einlösung eines solchen Ausschlusses nicht erfüllen werde. Der Präsident erklärte, daß seine Schüsse dem Ministerpräsidenten Poincaré gegeben hätten. Gegen Poincaré, der der äußersten Linken in Frankreich als der Haupthaftige am Kriege gilt, ist, namentlich in der Humanité, seit Monaten ein außergewöhnlich scharfer Feldzug geführt worden. Das Attentat wird natürlich die Popularität des Präsidenten in den nationalistischen Kreisen erhöhen.

Der rechte Seite befindet sich ein Artikel mit dem Titel "Gebot" und darunter dem Untertitel "Der Gebote zu messen". Der Artikel handelt von einer Rücksichtnahme eines Schauspieler auf den Präsidenten von Paris. Der Präsident erklärte, daß er die Einlösung eines solchen Ausschlusses nicht erfüllen werde. Der Präsident erklärte, daß seine Schüsse dem Ministerpräsidenten Poincaré gegeben hätten. Gegen Poincaré, der der äußersten Linken in Frankreich als der Haupthaftige am Kriege gilt, ist, namentlich in der Humanité, seit Monaten ein außergewöhnlich scharfer Feldzug geführt worden. Das Attentat wird natürlich die Popularität des Präsidenten in den nationalistischen Kreisen erhöhen.

Der rechte Seite befindet sich ein Artikel mit dem Titel "Gebot" und darunter dem Untertitel "Der Gebote zu messen". Der Artikel handelt von einer Rücksichtnahme eines Schauspieler auf den Präsidenten von Paris. Der Präsident erklärte, daß er die Einlösung eines